

2.3. Der Nahe Osten auf dem Weg zur Gründung eines Kurdenstaates?

Burak Çopur

Nach der Großoffensive des Islamischen Staates (IS) im September 2014 auf die nordsyrische Stadt Ain al-Arab (Kobanê) erfuhren die Kurden für ihren Widerstand gegen den IS weltweite Anerkennung: In den Nachrichtenmagazinen von *Newsweek* bis *Der Spiegel* brachte es die kurdische Gegenwehr bis auf die Titelseiten; selbst die Modezeitschriften *Elle* und *marie claire* porträtierten die bewaffneten syrisch-kurdischen Guerillakämpferinnen, um ihnen ihre Solidarität im Kampf gegen die Dschihadisten zu demonstrieren. Was zunächst als eine vorübergehende mediale Sympathiebekundung gegenüber den Kurden erscheinen mag, ist bei genauer Betrachtung weitaus mehr, denn der kurdischen Frage kommt tatsächlich eine langfristige Bedeutung zu. Schon bevor der IS seinen Angriff auf Kobanê im Herbst 2014 einleitete, zeichnete sich ab, dass die Kurden im 21. Jahrhundert als ernstzunehmender Akteur auf die regionale Bühne zurückkehren und zu den Gewinnern des Arabischen Frühlings gehören könnten.¹ Dieser Beitrag analysiert die derzeitige Situation der Kurden in der Region, insbesondere mit Blick auf die Rolle der Türkei.² Darüber hinaus diskutiert der Text Fragen und Perspektiven eines möglichen Kurdenstaates, um daraus Handlungsstrategien für die regionale bzw. internationale Sicherheitspolitik abzuleiten.

Der Aufstieg der Kurden im Nahen Osten

In ihrem Siedlungsgebiet leben laut Schätzungen 25 bis 40 Millionen Kurden, die sich auf die Staaten Irak, Syrien, Türkei und Iran verteilen. Die überwiegend sunnitischen Kurden sind das größte Volk der Welt ohne einen eigenen Staat.³ Obwohl die Kurden in ihrer Geschichte immer wieder Hoffnung auf einen unabhängigen Staat hegten, hat sich dieser Wunsch bis heute nicht reali-

1 Burak Çopur: Der Nahe Osten vor einem „Kurdischen Frühling“?, in: APuZ 63 (2013): 37, S. 44-48.

2 Unberücksichtigt bleiben hier die Situation der iranischen Kurden sowie Konflikte zwischen verschiedenen kurdischen Gruppen, da sie weniger im Fokus der aktuellen Entwicklungen stehen.

3 Martin Strohmeier/Lale Yalçın-Heckmann: Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur, München 2010.

sieren lassen. Bereits im Osmanischen Reich existierte zwar eine Provinz namens *Kurdistan*, und nach dem Zerfall des Reiches sah der Vertrag von Sèvres (1920) in Artikel 62 sogar ein autonomes Kurdengebiet vor: „A Commission (...) respectively shall draft within six months from the coming into force of the present Treaty a scheme of local autonomy for the predominantly Kurdish areas.“⁴ Doch diesen diplomatischen Erfolg der Kurden machte Mustafa Kemal Atatürk nach dem Sieg im türkischen Befreiungskrieg wieder zunichte, indem er im Vertrag von Lausanne (1923) eine Revision dieser Bestimmungen von 1920 durchsetzte. Seither sind nicht nur kurdische Eigenständigkeit, Autonomie oder föderative Staatsstrukturen in der Türkei sowie in den anderen drei Heimatländern der Kurden offiziell tabuisiert, die Kurden waren in der Vergangenheit und sind teilweise auch noch heute – etwa im Iran – systematischer Ausgrenzung, Unterdrückung und massiver Verfolgung ausgesetzt.

Während die Kurden im 20. Jahrhundert im Konzert der Großmächte kein Selbstbestimmungsrecht erlangen konnten, änderte sich dies im 21. Jahrhundert – z.B. durch die Folgen des Irakkriegs 2003, die türkische Zusammenarbeit mit den nordirakischen Kurden und dem Bürgerkrieg in Syrien – zu ihren Gunsten. Heute gibt es mit der Autonomen Region Kurdistan (KRG, *Kurdistan Regional Government*) im Irak ein de jure selbstverwaltetes Gebiet und in Syrien mit den drei Kantonen Efrîn, Kobanê und Cizîrê de facto autonome Strukturen. Die Etablierung dieser beiden eigenständigen Kurdenregionen wird begleitet von der Forderung der türkeistämmigen Kurden nach regionaler Selbstverwaltung in der Türkei. In der Literatur und internationalen Berichterstattung wird dieser politische Aufstieg der Kurden daher gelegentlich als „kurdischer Frühling“ beschrieben.⁵

Die Autonome Region Kurdistan: Ein starker Kandidat lässt den Unabhängigkeitswunsch ruhen

Die rund fünf Millionen Kurden im Nordirak sind die einzigen, die offiziell politische Autonomie in ihrem ‚unsichtbaren Kurdenstaat‘ genießen.⁶ Die irakischen Kurden hatten unter dem Diktator Saddam Hussein u.a. durch den Giftgasangriff von Halabdscha 1988 besonders viel Leid und Unterdrückung erfahren. Heute erkennt die irakische Verfassung von 2005 den Status der kurdischen Autonomiebehörde an. Die KRG verfügt neben einer eigenen Regierung

4 The Treaty of Sèvres, 1920, wwi.lib.byu.edu/index.php/Section_I,_Articles_1_-_260.

5 David L. Philips: *The Kurdish Spring*, New Jersey 2014.

6 Michael M. Gunter: *The Kurds ascending*, New York 2011.

mit einem Parlament über eine eigene Verfassung, Streitkräfte sowie Flagge und Hymne.⁷ Damit ist die KRG ein starker Kandidat für einen unabhängigen Kurdenstaat.

Auch die wirtschaftliche Eigenständigkeit in der KRG ist beachtlich: Die Region erzielt ein Wirtschaftswachstum von jährlich über sechs Prozent und in den drei kurdischen Provinzen Dohuk, Arbil und Sulaimaniyya herrscht infolge eines Bau- und Investitionsbooms eine Gründerzeitstimmung. Nicht verschwiegen werden sollten hier allerdings die grassierende Korruption, Vetternwirtschaft, ökonomische Ungleichheiten sowie die Intoleranz gegenüber nichtkurdischen Minderheiten in der KRG.⁸

Obwohl sich die Türkei vehement gegen eine staatliche Eigenständigkeit der irakischen Kurden ausspricht, ist sie der wichtigste Handelspartner des Nordirak. Im Mai 2014 haben die Kurden trotz des Widerstands vonseiten Bagdads gemeinsam mit der Türkei eine Pipeline fertiggestellt, die von den geschätzten 45 Milliarden Barrel Erdölreserven in der Kurdenregion rund 120.000 Barrel Öl pro Tag ausschließlich über das Gebiet der KRG an den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan transportiert. Die Zentralregierung in Bagdad unter Nuri al-Maliki akzeptierte diese Ölpolitik der KRG nicht, denn die Vermarktung der Erdöl- und Erdgasreserven in der Kurdenregion sei laut irakischer Verfassung über Bagdad abzuwickeln. Dies veranlasste die Zentralregierung dazu, die unilateralen Verträge der Kurden mit den ausländischen Firmen für verfassungswidrig zu erklären. Diese negative Dynamik in den Beziehungen zwischen der KRG und der irakischen Zentralregierung wurde durch den Beinahezerfall des Irak infolge des Vorrückens des IS im Irak und die Einnahme etlicher Städte (z.B. Mossul) sowie den Rückzug der irakischen Armee aus den kurdisch besiedelten Gebieten, durch den sich die Kurden im Stich gelassen fühlten, verstärkt. Der Konflikt zwischen Arbil und Bagdad spitzte sich so weit zu, dass der Präsident der KRG, Masud Barzani, im Juli 2014 seine Pläne für ein Unabhängigkeitsreferendum bekannt gab.⁹

Die Bildung einer neuen Regierung in Bagdad im August 2014 unter Ministerpräsident Haider al-Abadi lässt nun hoffen, dass sich die schwierigen Beziehungen zwischen Bagdad und Arbil verbessern lassen. Anlass zum verhaltenen Optimismus gibt ein zwischen der irakischen Zentralregierung und der kurdischen Autonomiebehörde unterzeichnetes Ölexportabkommen, das am 1. Januar 2015 in Kraft trat. Laut Vereinbarung soll die KRG täglich 550.000

7 James Dingley: Kurdistan zwischen Autonomie und Selbstverantwortung, in: APuZ 42 (2011): 9, S. 31-36.

8 Denise Natali: The Kurdish Quasi-State, New York 2010, S. 133ff.

9 President Barzani: Kurdistan Independence Referendum in Months, in: Rudaw, 02.07.2014, rudaw.net/english.

Barrel Öl exportieren dürfen, darunter 300.000 Barrel aus der umstrittenen Provinz Kirkuk. Die Vereinbarung soll hauptsächlich die Integrität und Einheit des Irak durch eine engere Zusammenarbeit zwischen der Zentralregierung und der KRG gewährleisten, um besser auf die ernste Bedrohung durch den IS reagieren zu können.¹⁰

Das Zusammenrücken Arbils mit Bagdad bedeutet gleichzeitig aber ein vorsichtiges Abrücken Arbils von Ankara. Lange galt den irakischen Kurden die Türkei als ein strategischer Partner in ihrer Auseinandersetzung mit Bagdad. Durch die engen Wirtschaftsbeziehungen mit Ankara macht sich die KRG jedoch zu einem „Klientenstaat“ der Türkei, die wiederum das ökonomische Abhängigkeitsverhältnis politisch dazu nutzt, mithilfe Barzanis nordirakischer Kurdenpartei KDP (Demokratische Partei Kurdistans) die PKK in der Türkei (Arbeiterpartei Kurdistans) bzw. ihre Schwesterorganisation in Syrien PYD (Partei der Demokratischen Union) mit ihren jeweiligen Forderungen gegeneinander auszuspielen.¹¹ Mit dem begonnenen Dialog zwischen Arbil und Bagdad dürften zunächst die USA und der Westen sowie die regionalen Akteure aufatmen, weil damit die Debatte um einen Kurdenstaat einstweilen auf Eis gelegt und der Zusammenhalt des Irak fürs Erste gesichert ist. Ein aussichtsreicher Bewerber lässt also seinen Wunsch nach einem unabhängigen Staat erst einmal ruhen. Ein Zerfall des Irak würde allerdings zwangsläufig zur kurdischen Forderung nach einer Unabhängigkeit des Nordirak führen. Aktuell erhalten die Kurden zunächst durch das neue Ölabkommen einen größeren wirtschaftlichen Handlungsspielraum. Ihre militärische Kraft wird u.a. durch deutsche Waffenlieferungen und militärische Ausbildungshilfe weiter gestärkt. Dies lässt vermuten, dass die nordirakischen Kurden noch eigenständiger werden, auch mit Blick auf die türkische Kurdenpolitik.

Rojava: ein zartes Pflänzchen syrisch-kurdischer Autonomie inmitten eines Bürgerkrieges

Die syrischen Kurden haben politisch wie ökonomisch weniger Einfluss in der nahöstlichen Region als ihre kurdischen Nachbarn im Irak. Sie wurden jahrzehntelang diskriminiert und verfolgt, weil das syrische Regime in Damaskus sie als eine Gefahr empfand. Die Diskriminierung der Kurden reichte

10 Matt Bradley/Sarah Kent/Ghassan Adnan: Irak und Kurdistan schließen Öl-Exportpakt, in: The Wall Street Journal, 3.12. 2014, www.wsj.de.

11 Denise Natali: Turkey's Kurdish client state, in: Al-Monitor, 14.11.2014, www.al-monitor.com.

von sprachlich-kultureller Ausgrenzung über den Ausschluss von Parteien bis hin zur Ausbürgerung von über 100.000 Kurden im Jahr 1962. 2004 brachen in der kurdischen Hochburg Qamischli Unruhen aus, gerichtet gegen das syrische Regime, bei denen die Sicherheitsbehörden zahlreiche Demonstranten verhafteten, folterten und erschossen. Der Beginn des syrischen Bürgerkrieges änderte jedoch die Situation. Die Truppen Baschar al-Assads konzentrierten sich auf andere Fronten und zogen sich aus den kurdischen Gebieten zurück; die PYD, ein Ableger der PKK, konnte dort die Kontrolle übernehmen.¹² Durch die strategische Entscheidung der PYD, sich im Bürgerkrieg weder auf die Seite der oppositionellen Freien Syrischen Armee noch auf die von Assad zu schlagen, blieben die Kurdenregionen zunächst von den Gefechten verschont. Inmitten des syrischen Bürgerkrieges hat sich daher in stillschweigender Koexistenz mit dem Assad-Regime im Hauptsiedlungsgebiet der Kurden, von ihnen auch als Rojava (Westkurdistan) bezeichnet, ein de facto autonom regiertes System etabliert, das als politisches Experiment in der internationalen Politik noch sehr wenig Aufmerksamkeit erfährt.¹³ So wurde Anfang Januar 2014 von der PYD ein „Gesellschaftsvertrag für Rojava“ als eine Art Verfassung verkündet. Es folgte die Proklamation der drei Städte Efrîn, Kobanê und Cizîrê unter der Ägide der PKK-nahen syrischen PYD als selbstverwaltete Kantone.¹⁴ Nach Darstellung der PYD soll das politische System in Anlehnung an das Schweizer Kantonsmodell basisdemokratische Elemente enthalten sowie Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, Genderaspekte (für die Partizipation von Frauen in politischen Gremien ist eine Quote von 40 Prozent vorgesehen) und ökologische Grundsätze berücksichtigen. Kritiker werfen der PYD jedoch vor, jegliche politische Opposition zu unterdrücken und zu foltern.¹⁵

Der Vormarsch des IS in der Kurdenregion Syriens hat jedoch einer Fragmentierung der syrischen Kurden entgegengewirkt.¹⁶ Aufgrund von Machtkämpfen zwischen den syrischen Kurdenparteien, die hier nicht weiter vertieft werden können, haben sich auf die Initiative Barzanis hin die wichtigsten kurdischen Fraktionen Syriens in der nordirakischen Stadt Dohuk getroffen, um eine Vereinbarung für ein gemeinsames Regieren der drei Kantone

12 Muriel Asseburg: Syrien. Ziviler Protest, Aufstand, Bürgerkrieg und Zukunftsaussichten, in: APuZ 63 (2013): 8, S. 11-17.

13 Thomas Schmidinger: Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan, Wien 2014.

14 Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit: Der Gesellschaftsvertrag für Rojava, Infoblätter 7 (2014), <http://civaka-azad.org/pdf/info7.pdf>.

15 Human Rights Watch: Under Kurdish Rule. Abuses in PYD-Run Enclaves of Syria, HRW Report Juni 2014, www.hrw.org/sites/default/files/reports/syriakudrs0614webwcover.pdf.

16 KurdWatch: Wer ist die syrischkurdische Opposition? Die Entwicklung kurdischer Parteien von 1956-2011, Berlin 2011.

in Rojava zu schließen.¹⁷ Ein 30-köpfiger Rat, bestehend aus zwölf pro-PYD-Mitgliedern und zwölf syrischen KDP-Anhängern sowie sechs anderen Mitgliedern, soll nun gemeinsam die Region Rojava politisch-militärisch führen. Barzani war es durch seine Vermittlung gelungen, die innerkurdischen Konflikte in Syrien zu minimieren und mittels der nahezu paritätischen Machtaufteilung seinen politischen Einfluss in Rojava auszuweiten.

Der Katalysator für diese Einigkeit unter den syrischen Kurden war in erster Linie der massive Angriff der IS-Kämpfer auf die Stadt Kobanê im Herbst 2014. Dieser bedeutete einen Wendepunkt und die Stadt ist zu einem Symbol des kurdischen Widerstandes geworden, den die Kurden als ihre „Schlacht von Stalingrad“ im Kampf gegen die Dschihadisten betrachten.¹⁸ Dabei unterstützen Luftschläge einer US-amerikanisch geführten Koalition sowie kurdische *Peschmerga*, die mit Erlaubnis der Türkei über ihre Grenze nach Kobanê zu Hilfe kamen, die Kämpfer und Kämpferinnen der PKK-nahen Kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG). Dieser internationalen Unterstützung ist es zu verdanken, dass die Stadt nach monatelangen Kämpfen vom IS befreit wurde. Was auf der einen Seite eine herbe Niederlage für die Dschihadisten darstellt, ist auf der anderen Seite ein großer Erfolg für die Kurden, der ihr Selbstbewusstsein stärken und den Aufbau der kurdischen Identität weiter fördern wird.

Die Entwicklungen in den Kurdenregionen sind mit den regionalen Dynamiken und dem syrischen Bürgerkrieg eng verwoben. Ob das Experiment einer kommunalen direkten Demokratie in Rojava einen nachhaltigen Erfolg bringen wird, hängt von den weiteren Ereignissen in Syrien und der Region ab. Dass das Modell Rojava eine besondere Ausstrahlungskraft auf andere – z.B. die türkeistämmigen – Kurden hat, ist aufgrund der engen politisch-sozialen Beziehungen zwischen den syrischen und türkischen Kurden anzunehmen. Der Aufbau einer De-facto-Autonomieregion in Nordsyrien führt der Türkei deutlich vor Augen, dass sich die Forderungen der türkeistämmigen Kurden nach Selbstbestimmung am erreichten Status quo der syrischen Kurden orientieren werden.

17 International Crisis Group: Syria's Kurds. A struggle within a struggle, Crisis Group Middle East Report 136, International Crisis Group Januar 2013, www.crisisgroup.org.

18 The Kurdish Stalingrad, in: The Economist, 1.11.2014, www.economist.com.

Kurden in der Türkei: mehr Selbstverwaltung im Schatten eines autoritären Regimewechsels?

Den Kampf um politisch-kulturelle Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrechte führt seit Jahrzehnten auch die kurdische Nationalbewegung in der Türkei. Mehrere Aufstände der Kurden in der Türkei wurden seit Gründung der Republik 1923 blutig niedergeschlagen. Der türkische Staat erkennt die Kurden zwar als formal gleichberechtigte Staatsbürger an, verweigert ihnen aber die vollständige Anerkennung ihrer kulturellen Identität und Sprache.¹⁹ Trotz politischer Fortschritte in der Kurdenfrage – z.B. die Zulassung kurdischer Fernsehsender, die Einführung des Kurdischen als Wahlfach an Schulen, die Einführung eines Studiengangs Kurdologie an Universitäten – bleiben andere wichtige Forderungen der Kurden unerfüllt. Dazu gehören die Abschaffung der Zehnprozenthürde bei Parlamentswahlen, die Einführung des Kurdischen als gleichberechtigte Unterrichtssprache an Schulen und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Seit dem 2013 begonnenen Friedensprozess mit der PKK keimen in der Türkei aber wieder neue Hoffnungen auf.²⁰ Die direkten und halböffentlichen Verhandlungen zwischen Staats- und Politikvertretern und dem inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan sind zwar ein Novum für die Türkei, doch der Ausgang der türkisch-kurdischen Versöhnungsversuche bleibt höchst ungewiss und hängt am seidenen Faden.²¹ Der Erfolg der Friedensgespräche zwischen dem türkischen Staat und der PKK ist auch davon abhängig, welche Strategie langfristig den Umgang mit der syrischen PKK-Schwesterorganisation PYD bestimmt. Die Türkei befürchtet angesichts des Autonomiestrebens der PYD einen regionalen Dominoeffekt und übte sich deshalb im Kontext des IS-Angriffs auf Kobanê in Zurückhaltung. Damit hat sie allerdings international für Irritationen gesorgt und bei den Kurden in der Region enorm an Vertrauen eingebüßt.

Zudem hat die Haltung zum IS und anderen dschihadistischen Gruppen wie der *al-Nusra-Front*, die von Verharmlosung bis hin zur militärischen, finanziellen und logistischen Hilfe reicht, den außenpolitischen Stellenwert und

19 Kemal Kirişci/Gareth M. Winrow: *The Kurdish Question and Turkey*, London 1997; Hasan Cemal: *Kürtler*, Istanbul 2006; Baskın Oran: *Türkiyeli Kürtler Üzerine Yazılar*, Istanbul 2010; Cengiz Çandar: *Mezopotamya Ekspresi*, Istanbul 2012.

20 Yılmaz Ensaroğlu: *Turkey's Kurdish Question and the Peace Process*, in: *Insight Turkey* 15 (2013): 2, S. 7-17.

21 Gülistan Gürbey: *Die türkische Kurdenpolitik unter der AKP Regierung. Alter Wein in neuen Schläuchen?*, GIGA Focus Nahost 11, GIGA Hamburg 2012, www.giga-hamburg.de.

die Reputation der Türkei stark beschädigt.²² Die augenscheinliche Gleichgültigkeit der Türkei gegenüber Kobanê hat bei vielen Kurden überdies den Verdacht genährt, die Türkei wolle die syrischen YPG-Einheiten durch den IS bekämpfen und auf diese Weise auch die autonomen Strukturen in Rojava zerstören lassen. Äußerungen von Regierungsmitgliedern wie Taner Yıldız („IS ist dasselbe wie PKK“) oder Abgeordneten der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) wie Emrullah İşler („IS bringt zwar Menschen um, aber foltert [wie die PKK] wenigstens nicht“) haben bei den Kurden den Geduldsfaden reißen lassen.²³ Anfang Oktober 2014 entlud sich ihre Wut gegenüber der türkischen Kobanê-Politik auf den Straßen und es kam zu einem landesweiten Aufstand, der 50 Menschen das Leben kostete. Weil diese unerwartet heftigen Proteste den Friedensprozess gefährdeten, nahm die Türkei die ins Stocken geratenen Verhandlungen mit dem PKK-Führer Öcalan wieder auf.

Die Beilegung des Kurdenkonfliktes bleibt eine zentrale Bedingung für die Etablierung einer liberalen Demokratie, d.h. die innenpolitische Stabilität der Türkei ist mit dieser Thematik paradigmatisch verbunden. Doch die Entwicklungen in der türkischen Innenpolitik gehen weiter in eine beunruhigende Richtung. So bescheinigen die EU in ihrem jüngsten Fortschrittsbericht zur Türkei sowie *Freedom House* und *Transparency International* dem Land enorme Rückschritte bei wichtigen Demokratisierungsindikatoren wie der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Justiz, der Pressefreiheit und der Korruptionsbekämpfung. Die blutige Niederschlagung der Gezi-Park-Proteste 2013 und die AKP-Korruptionsskandale haben die Fronten im Land verhärtet. Mit seinem autoritären Kurs hat Staatspräsident Erdoğan die Identitätskonflikte im Land weiter angeheizt und islamisch-konservative Werte von oben zu verordnen versucht. Dazu passt ein neues Gesetzespaket zur inneren Sicherheit, das die Demonstrationsrechte weiter einschränken und die Befugnisse der Polizei ausbauen soll.

Da Erdoğan die ungelöste Kurdenfrage lediglich als ein durch die PKK verursachtes Terrorproblem und nicht als einen Ausdruck demokratischer Defizite in der Türkei betrachtet, dürfte es dem Staatspräsidenten in erster Linie um Strategien zur Entmilitarisierung der PKK statt um eine Vertiefung der Demokratie gehen. Im Vordergrund stehen deshalb technische Fragen der Waffenniederlegung, hinter denen die grundsätzlich politischen Probleme des Umgangs mit einer Minderheit zurücktreten. Kurzfristig könnte der Regierung

22 David L. Philips: ISIS-Turkey List, Research Paper, 11.9.2014, www.huffingtonpost.com.

23 Bakan Yıldız: „Bizim için IŞİD de PKK da birdir“, in: *Hürriyet*, 5.10.2014, www.hurriyet.com.tr; Emrullah İşler: „IŞİD öldürüyor ama işkence bari yapmıyor“, in: *Radikal*, 8.10.2014, <http://www.radikal.com.tr>.

sogar eine Beilegung des Kurdenkonflikts gelingen. Aber selbst wenn die Guerillaorganisation den Waffen abschwören sollte – wie es der an demokratische Reformen geknüpfte Aufruf von Abdullah Öcalan vom 21.3.2015 anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes *Newroz* vorsieht –, wäre das langfristig keine Garantie dafür, dass dies ein nachhaltiger Frieden wäre und es aufgrund der Demokratiedefizite nicht doch irgendwann zu einem erneuten Rückfall in innerstaatliche Gewaltkonflikte käme.

Das türkische Taktieren in den Friedensgesprächen verstärkt die Befürchtung, dass die AKP bis zu den Parlamentswahlen Zeit gewinnen möchte, ohne dass erneute Kampfhandlungen mit der PKK ihren möglichen Wahlerfolg schmälern. Auf einen klaren Wahlsieg ist Erdoğan jedenfalls angewiesen, will er den angekündigten Regimewechsel von einer parlamentarischen Demokratie hin zu einem Präsidialsystem ins Werk setzen.²⁴ Paradoxe Weise benötigt die AKP bei den Parlamentswahlen 2015 hierfür auch die Stimmen aus dem türkisch-nationalistischen Lager, um mindestens die Dreifünftel-Mehrheit im Parlament (330 Sitze) zur Durchführung eines Verfassungsreferendums zu erlangen. Gelingt ihr das nicht, wäre sie für einen Regimewechsel auf die Hilfe der Kurden im Parlament bzw. beim Referendum angewiesen, da diese die Einzigen sind, die ein Präsidialsystem (allerdings mit föderalen Strukturen) in Erwägung ziehen könnten. Aber dass die Kurden für ihre Unterstützung eines Regimewechsels im Gegenzug ihre gewünschte Selbstverwaltung erhalten, scheint vor dem Hintergrund der autoritären Machtkonzentration in der Person Erdoğan eher unwahrscheinlich. Eine strukturelle Dezentralisierung der Türkei bei gleichzeitiger Zentralisierung der politischen Macht auf eine Führungsperson wäre eine *Contradictio in Adjecto*. Dieser Widerspruch lässt befürchten, dass im Schatten eines autoritären Regimewechsels der türkisch-kurdische Friedensprozess wenig Aussicht auf Erfolg hat. Zudem bestimmt ein Machtkampf innerhalb der AKP zwischen der AKP-Regierung und dem Staatspräsidenten Erdoğan – u.a. über den Umgang mit der Kurdenfrage – die Tagespolitik, wobei Erdoğan als Mitarchitekt des Friedensprozesses aktuell den Schulterschluss mit den Militärs sucht und der Öffentlichkeit deutlich zu erkennen gibt, dass er kein Interesse an weiteren Zugeständnissen an die Kurden hat.

Um ein weiteres Abdriften von der Demokratie zu verhindern, haben die der PKK nahestehenden Kurden beschlossen, nicht wie bei den vorherigen Wahlen als unabhängige Kandidaten, sondern als Kandidaten der HDP (Demokratische Partei der Völker) zur Wahl anzutreten. Wollen sie erfolgreich sein, müssen sie allerdings die schwierige Zehnprozent-Hürde bei den Parlamentswahlen überwinden, andernfalls sind sie im Parlament nicht mehr vertreten.

24 Burak Çopur: Erdoğan's Umbaupläne, in: ZEIT Online, 11.8.2014, www.zeit.de.

Die verlorenen Stimmen kämen dann größtenteils der AKP zugute, womit die AKP höchstwahrscheinlich ihre Dreifünftel-Mehrheit zur Durchführung eines Verfassungsreferendums erreichen würde. Gewiss kann die Entscheidung der Kurden, zur Wahl als Partei anzutreten, als sehr mutig gelten. Sollte der HDP der Einzug ins Parlament gelingen, könnte dies Erdoğan's Pläne zur Einführung eines Präsidialsystems gefährden. Misslingt der Einzug der HDP, könnte ein Durchregieren Erdoğan's mit schwerwiegenden Folgen für die türkische Demokratie verbunden sein. Damit kommt den Kurden in der HDP eine Schlüsselrolle bei den Wahlen im Juni 2015 und für die politische Zukunft der Türkei zu.

Vom „Modell Türkei“ zum „Modell Kurdistan“?

Die Erwartung, die Türkei könne den arabischen Ländern eine Orientierung in Demokratisierungs- und Modernisierungsprozessen bieten (vgl. Friedensgutachten 2012, Beitrag 3.5.), hat sich angesichts der aktuellen Entwicklungen als Illusion erwiesen: Unter der AKP hat sich die Türkei nicht nur durch ihre Innenpolitik von der EU verabschiedet (gefördert auch durch eine unglaubliche EU-Türkeipolitik), sondern ist auch im Nahen Osten aufgrund ihrer sunnitisch geprägten Außenpolitik zunehmend isoliert. Die AKP hat damit für die Türkei eine große innen- und außenpolitische Chance vertan und mit ihrer autoritären Politik den Kritikern eines EU-Beitritts in der Türkei Schützenhilfe geleistet.

Das Modell eines überwiegend muslimisch geprägten Landes laizistisch-demokratischer Organisation leben nun die mehrheitlich säkular orientierten Kurden ihren türkischen Nachbarn vor. Auch wenn die kurdische Gesellschaft stark patriarchalisch geprägt ist und die streng hierarchisch geführte PKK den jungen kurdischen Frauen oft nur einen Schutzraum gegen Zwangs- und Kinderheiraten bietet, ist die starke Betonung der Frauenrechte durch die Kurden für die nahöstliche Region sehr bedeutsam. Denn die Kurden sind heute ein Vorbild und zugleich Bollwerk im Kampf gegen dschihadistische Gruppen. Die kurdische Bevölkerung hat mit ihren autonomen Gebieten aus europäischer Sicht damit das Potenzial, zu einer Befriedung und Demokratisierung im Nahen Osten beizutragen, von der nicht nur Staaten in der Region wie Israel, sondern auch EU-Mitgliedstaaten profitieren würden.

Diese historische Chance, sich als „Friedensmacht“ zu etablieren, sollte jedoch jetzt nicht dazu genutzt werden, ein unabhängiges Kurdistan zu fordern. Der Wunsch nach eigener Staatlichkeit mag aus Sicht der Kurden seine Berechtigung haben, die Chance auf eine reale Erfüllung hat er derzeit angesichts

der kritischen Haltung sowohl ihrer Heimatländer als auch der Großmächte USA, Russland und China nicht.

Genauso wäre bei einem Zerfall des Irak die zwangsläufige Folge nicht unbedingt die Gründung eines Kurdenstaates, stattdessen wäre ein Bürgerkrieg zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden nicht ausgeschlossen. Hinzu kommen innerkurdische Rivalitäten zwischen Masud Barzani und dem kurdischstämmigen ehemaligen Staatspräsidenten des Irak Dschalal Talabani. Auch ist Iran entschieden gegen eine kurdische Unabhängigkeit im Irak (bzw. in Syrien) und im Falle eines Auseinanderbrechens des Irak würde Teheran vermutlich zugunsten der irakischen Schiiten eingreifen und auch gegen kurdische Unabhängigkeitsinteressen vorgehen.

Des Weiteren ist aufgrund von Meinungsverschiedenheiten selbst unter den Kurden unklar, wie ein kurdischer Staat überhaupt aussehen könnte: Während die Kurden unter Barzani einen eigenen Staat favorisieren, wünschen sich die kurdischen Öcalan-Anhänger eher eine Lösung, die ihnen bei gleichzeitiger Integration in den Nationalstaat ein hohes Maß an Autonomie gewährte. Außerdem unterstützt etwa die Hälfte der türkischen Kurden die AKP. Die PKK und die radikal-islamistische Kurdenpartei *Hüda Par* lieferten sich im Konkurrenzkampf um Einfluss in den Kurdengebieten heftige Straßenschlachten mit etlichen Toten. Die unterschiedlichen Vorstellungen in der Kurdenfrage sind somit unübersehbar. Gedankenspiele in Richtung einer kurdischen Abspaltung sind insofern heikel, als sie die ohnehin fragile Ordnung in der Region zusätzlich destabilisieren würden.

Statt eines unabhängigen Kurdenstaates wären vielmehr Modelle der ökonomischen Integration (nach europäischem Vorbild) auf Basis einer stärkeren Autonomie der kurdischen Siedlungsgebiete über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg erfolgsversprechender. Die bestehenden Grenzen seit dem Sykes-Picot-Abkommen 1916 (geheime Übereinkunft zwischen den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs zur Aufteilung des Nahen Ostens in britische und französische Einflussgebiete) wären damit zwar nicht de jure, aber de facto aufgehoben. Sie wären faktisch aber weniger hinderlich bei der Institutionalisierung grenzüberschreitender Kooperation in Fragen der Wirtschafts- und Demokratieförderung. Hierdurch würden sich auch Spielräume für zukünftige – gewaltfreie – Forderungen nach mehr Selbstbestimmung eröffnen und die positiven Entwicklungen in der Kurdenregion fortgesetzt.

Handlungsstrategien und -empfehlungen: Was können Berlin und Brüssel leisten?

Deutschland, die EU und der Westen können auf verschiedenen Ebenen in der Kurdenfrage tätig werden. Zunächst gilt es, den begonnenen türkisch-kurdischen Friedensprozess stärker als bisher zu unterstützen, damit dieser – auch im sicherheitspolitischen Interesse der EU – zu einem nachhaltigen Erfolg führt.²⁵

Auch wenn die Türkei derzeit jegliche Hilfe aus dem Ausland für diesen Prozess ablehnt, ließen sich – ohne dabei direkt auf die offiziellen Friedensverhandlungen einzuwirken – bestehende Kommunikationskanäle und Instrumente auf Regierungsebene nutzen, um die Abwehrhaltung Ankaras zu lockern. So könnten beispielsweise positive europäische Erfahrungen aus dem Nordirland- und Baskenlandkonflikt die Türkei für ein stärkeres Engagement in der Kurdenfrage motivieren. Die kemalistische CHP (Republikanische Volkspartei) müsste stärker in die Gespräche einbezogen werden, um eine breite gesellschaftliche Unterstützung zu erhalten; parallel dazu sollten die Beziehungen mit Vertretern der Kurdenpartei HDP vertieft werden, da diese die Verhandlungsdelegation zwischen dem türkischen Staat und der PKK stellt.

Außenministerien, Universitäten, Forschungseinrichtungen und politische Stiftungen könnten ihre Expertise aus der Friedens- und Konfliktforschung nutzen, in Austauschprogrammen mit ihren Kollegen und Kolleginnen in der Türkei diskutieren, Politik- und Sicherheitsberater schulen sowie die türkische Zivilgesellschaft stärken.

Die Frage des Umgangs mit der PKK berührt derzeit die Konflikte im Nahen Osten ebenso wie die Energiepolitik der EU und beeinflusst somit auch die Sicherheitspräferenzen der europäischen Staaten und der USA. Angesichts der aktuellen Entwicklungen ist eine Neujustierung der westlichen Kurdenpolitik unumgänglich. Die Aufhebung des PKK-Verbotes wäre allerdings ein richtiger Vorschlag zur falschen Zeit. Denn im Hinblick auf die Unwägbarkeiten in den türkisch-kurdischen Friedensverhandlungen wäre es verfrüht, die PKK von der internationalen Terrorliste zu streichen. Ein solches Angebot eignet sich vielmehr dazu, es in informellen Gesprächen mit der PKK als Verhandlungsmasse zu nutzen, um die Organisation noch stärker in den Friedensprozess einzubinden und so ihre Transformation zu einer legalen Partei zu ermöglichen.

Mit Blick auf die syrische PKK-Schwester PYD sind weniger Berührungspunkte für den Aufbau eines Dialogs angemessen. Selbst wenn die Türkei die

25 Michael Werz/Max Hoffman: The United States, Turkey, and the Kurdish Regions, Center for American Progress Report Juli 2014, www.americanprogress.org.

PYD ebenfalls als Terrororganisation einstuft, ist hier weniger Rücksicht auf die Befindlichkeiten Ankaras erforderlich, da die Türkei selbst mit der PKK direkt verhandelt. Schließlich wird es in Syrien in einer Post-Assad-Ära keine Einigung ohne die Einbeziehung der syrischen Kurden geben. Aus diesem Grund sollte der Westen die PYD von einer etwaigen Friedenskonferenz zu Syrien nicht mehr – wie in Genf geschehen – ausschließen. Eine militärische Kooperation der USA mit dem militärischen Arm der PKK in Syrien (YPG) existiert bereits bei der Bekämpfung des IS.

Helfen kann die EU ebenso mit finanziellen Ressourcen, z.B. durch Aufstockung der humanitären Hilfe für Flüchtlinge bzw. die großzügigere Aufnahme von Flüchtlingen aus den Krisengebieten. Um die humanitäre und militärische Zusammenarbeit im Kampf gegen den IS zu fördern, sollte die EU darüber hinaus auch die Partnerschaft zwischen der nordirakischen KDP und der syrischen PYD weiter unterstützen.

Nachdem die Kurden im 20. Jahrhundert oft Spielball der Großmächte waren und in der Regel das Nachsehen bei der Durchsetzung ihrer Interessen in der Region hatten, scheinen sich im 21. Jahrhundert die geopolitischen Parameter im Nahen Osten zu ihren Gunsten zu verändern. Zwar ist die Gründung eines eigenständigen kurdischen Staates vorerst nicht in Sicht, es gilt jedoch, die gegenwärtig guten Karten der Kurden im Sinne der Stabilität und Demokratisierung in der Region effektiv zu nutzen und die Kurden als gleichberechtigte Partner in eine mögliche Neuordnung des Nahen Ostens einzubeziehen.